Abendausgabe

Nr. 482 ♦ 40. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 242

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise stets in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

25 Millionen M.

Montag
15. Oktober 1923

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Der Belagerungszustand unhaltbar.

Als die Reichsregierung in der Nacht zum 27. September den Belagerungszustand über das ganze Reich verhängte, ging sie von der Erwägung aus, daß dies das einzige Mittel sei, um die gefährlichste Konsequenz der plötzlichen Verkündung des Ausnahmezustandes in Bayern abzuwehren, nämlich die Unterstellung der dort stationierten Reichswehr unter den Generalkommissar v. Kahr.

Heute kommt man um die Tatsache nicht mehr herum, daß das Reich vor Bayern praktisch kapituliert hat. Während die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder in der entscheidenden Stunde dafür eintraten, daß aus der Reichsverordnung auch die Konsequenzen gezogen würden, scheuten die bürgerlichen davor zurück.

Unter diesen Umständen muß die Frage aufgeworfen werden: Ist die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes überhaupt noch zu rechtfertigen? Wie sehr diese Frage berechtigt ist, mag man aus dem Umstande erkennen, daß in den letzten Tagen fast alle Länder des Reiches für die Aufhebung der Verordnung vom 26. September eingetreten sind, und zwar nicht allein Sachsen und Thüringen, sondern auch Baden, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Strelitz, Württemberg und nicht zuletzt Preußen.

Die Dinge haben sich inzwischen so gestaltet, daß überall mit dem Belagerungszustand „regiert" wird, nur nicht in Bayern. Ueberall erlassen die Wehrkreiskommandeure Anordnungen, die in die Befugnisse der Länderregierungen eingreifen, nur nicht in Bayern. In Mecklenburg-Strelitz verbietet der Stettiner General den Streik der Landarbeiter und kündigt außerordentliche Gerichte an, die über Streikfünder urteilen sollen. In Ostpreußen verbietet der Wehrpreiskommandeur die Ausfuhr von Kartoffeln aus seinem Amtsbereich! In Magdeburg wird auf Weisung aus Dresden dem sächsischen Polizeioberst Dr. Schützinger das Auftreten in einer Versammlung der Friedensgesellschaft untersagt. Ebenfalls aus Dresden kommt die Nachricht, daß der dort amtierende General Müller an die sächsische Landesregierung das folgende Schreiben gerichtet hat:

„Dem Wehrkreiskommando IV sind aus allen Teilen Sachsens vor allem aber aus dem westlichen Sachsen, von einwandfreien und ruhigen Persönlichkeiten sowie auch von Staatsbehörden Schilderungen über die Lage in den Hauptindustriegebieten zugegangen, aus denen hervorgeht, daß ein großer Teil der Bevölkerung stark unter dem Druck einer gewalttätigen Minderheit zu leiden hat. Die Arbeitgeber und verständigen älteren Arbeiter fühlen sich durch diese Minderheit, die vorwiegend aus der radikalen Jugend gebildet wird, bedrückt, und bis in ihr innerstes Familienleben hinein verfolgt und bedroht. Das Wehrkreiskommando hat den Beweis erhalten, daß die sogenannten proletarischen Hundertschaften zum großen Teil den Rahmen für diese terroristischen Akte abgeben. Die Verhängung des Ausnahmezustandes hat nur äußerlich einige Ordnung geschaffen. In manchen Orten haben sich die Hundertschaften um den Ausnahmezustand wenig gekümmert. Es unterliegt hiernach keinem Zweifel, daß mit dem Aufhören des Ausnahmezustandes überall wieder die Hundertschaften stärker denn je hervortreten werden. **Die endgültige Gesundung kann daher nur herbeigeführt werden, wenn die Einrichtung der Hundertschaften ebenso wie die anderer Selbstschutzorganisationen aufhören. Ich ordne daher ihre Auflösung an.**"

In der diesem Schreiben beigefügten Verfügung wird die Bildung oder der Zusammenschluß der sogenannten proletarischen Hundertschaften, der republikanischen Notwehr und anderer ähnlicher Organisationen verboten und etwaige bestehende derartige Organisationen aufgelöst. **Jede Person oder Organisation, die im Besitze von Schußwaffen und Munition ist, hat sie abzuliefern. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 Goldmark bestraft. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der Kenntnis von verborgenen Waffen hat und nicht sofort Anzeige erstattet.**

Eine weitere Verfügung Müllers verbietet die Bildung oder den Zusammenschluß zu Aktionsausschüssen, Abwehrausschüssen oder ähnlichen Organisationen, die den Zweck haben, neben den verfassungsgemäßen Behörden oder gegen diese zur Vorbereitung oder Durchführung politischer Maßnahmen Schritte zu tun. Etwa bestehende Organisationen dieser Art werden aufgelöst.

In Berlin hat das Wehrkreiskommando dem Verband sozialistischer Abstinenten gar die Verbreitung von Handzetteln mit folgendem Inhalt verboten:

„Das Volk hungert! Die Lebensmittel wandern in die Brauereien!"

„Fort mit den Kneipen! Wir brauchen Wohnungen!"

„Wir fordern das Alkoholverbot!"

„Alkoholgegner! Organisiert Euch!"

Wollte man alle Kuriosa dieser Art aufzählen, die unter dem Belagerungszustand zu buchen sind, so würde man eine sehr lange Liste verzeichnen müssen.

Aber es handelt sich jetzt nicht mehr um Einzelheiten, es geht um das System. Der Ausnahmezustand für das Reich ist immer nur ein Notbehelf; er soll einem bestimmten aktuellen Zwecke dienen. Die Uebertragung der vollziehenden Gewalt an die Militärbefehlshaber setzt voraus, daß diese Befehlshaber entweder selbst politisch fühlende Personen sind — und das ist zumeist nicht der Fall —, oder daß sie unter Weisung und dauernder Beaufsichtigung der politischen Zentralgewalt arbeiten. Auch das ist leider nicht der Fall. Zuweilen sieht es fast so aus, als ob einzelne Generale sich in einen absichtlichen Gegensatz zur Reichsregierung setzen wollten. Für Sachsen ist endlich ein Zivilkommissar bestimmt in der Person des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Genossen Richard Meier-Zwickau. Aber bevor er sein Amt antritt, erläßt der General das Verbot der republikanischen Abwehrorganisationen und verkündet jedem heute durch die Presse, daß seine Verfügung rechtsgültig sei, da ein Zivilkommissar noch nicht im Amte sei! Derselbe General hat gleich zu Beginn des Ausnahmezustandes in die Organisation der sächsischen Landespolizei eingegriffen, ihr die Einstellung auch nur eines Hilfspolizisten verboten, kurz den Anschein erweckt, als ob die Landespolizei eine ihm zumindest verdächtige Organisation darstelle.

Auf der anderen Seite ist General v. Lossow in München nach der Sage „Inhaber der vollziehenden Gewalt" für Bayern. Aber er hat „nix to seggen". Denn Kahr regiert, als ob nichts passiert wäre. Nun steht zwar die Reichsregierung auf dem Standpunkt, daß der bayerische Ausnahmezustand rechtlich durch den allgemein-deutschen aufgehoben worden sei, und der Reichstag hat sich dieser Rechtsauffassung ausdrücklich angeschlossen mit dem Hinzufügen, daß er um die Herbeiführung einer „baldigen Klärung" ersuche. Eine solche Klärung kann erzielt werden, wenn die Regierung — oder der beauftragte Reichswehrminister — dem General in München die ganz knappe Anweisung gibt, daß er nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich die vollziehende Gewalt zu übernehmen, also das Regiment Kahr einfach beiseite zu schieben habe. Es ist zwar wiederholt versichert worden, daß solche „klaren und eindeutigen Befehle" ergangen seien. Aber von ihrer Ausführung hat man nichts vernommen. Man kann nicht voraussetzen, daß absichtlicher Ungehorsam vorliege. Demnach bleibt nur anzunehmen, daß der Wehrkreiskommandeur sich zu schwach fühlt, um den bewaffneten Heerscharen Kahrs und Hitlers entgegenzutreten, und daß gleichzeitig die Reichsregierung in ihrer Mehrheit davor zurückschreckt, einen Konflikt mit den bayerischen Monarchisten zu wagen. Das ist ein für das Reichsgefüge höchst bedenklicher Zustand. Aber es ist besser, wenn man eine Tatsache als solche bekennt, als daß man den Kopf in den Sand steckt und glaubt, es sei nichts derartiges vorhanden.

Das bayerische Problem bleibt noch zu lösen. Wir wollen nicht einmal daran erinnern, daß deutsche Reichswehr den Rätesput in München beseitigte, daß die Reichsexekutive gegen Bremen und Gotha vollzogen wurde, als die dortigen Verhältnisse eine Störung der Reichspolitik zu bringen drohten. Aber es muß doch ausgesprochen werden, daß das Versagen des „Inhabers der vollziehenden Gewalt" den bayerischen Partikularisten mehr Wasser auf ihre Mühle treibt, als all ihr Toben gegen das „jüdisch-marxistische" Berlin es herbeiführen konnte. Wenn die Macht des Reiches nicht ausreicht, offene Frondeure gegen die verfassungsmäßige Reichsgewalt zur Ordnung zu bringen, dann muß sie verstärkt werden oder abdanken. Ein Drittes kann es nicht geben.

So wie die Dinge jetzt laufen, wird der Belagerungszustand nur einseitig gegen Republikaner angewandt, deren sich darum eine steigende Erbitterung bemächtigt. Er muß deshalb aufgehoben werden, wenn er nicht in allen Landesteilen durchgeführt werden kann. Daß in Sachsen, Thüringen, Mecklenburg und andere Länder — hauptsächlich solche, in denen Sozialisten mitregieren — die Nadelstiche des Ausnahmezustandes ertragen sollen, Bayern aber, gegen dessen einseitiges Vorgehen der Reichsausnahmezustand gedacht war, von seiner Anwendung verschont bleibt, ist ein unhaltbarer Zustand. Die ungeheure Not, die auf dem arbeitenden Volke lastet, ruft überall begreifliche Erregung und vielfach Notstandskrawalle hervor. Alle an solchen beteiligten Personen unterstehen den verschärften Strafbestimmungen des Belagerungszustandes. Und wenn erst die Gerichte wegen der Teuerungsdemonstrationen zu sprechen anfangen, werden sie entsetzliche Strafen verhängen. Aber die bayerischen bewaffneten Nationalsozialisten können getrost durch das Land ziehen, ohne daß Lossow ihnen einen Revolver oder ein Maschinengewehr abnimmt. Wie lange soll das noch dauern?

Von allen Seiten wird deshalb die Aufhebung des Ausnahmezustandes gefordert, der eine Gefahr für die Republik zu werden droht, solange er nicht auch in Bayern angewandt wird. So richtig es ist, daß nur der Weg über den Reichsausnahmezustand zu einer Reinigung in Bayern führen kann, so selbstverständlich erscheint es, daß das Reich aus den tatsächlichen Machtverhältnissen die Konsequenz zieht. Entweder kann es die Verfassung auch in Bayern garantieren — es brauchte nur zu wollen und die verfassungstreuen Elemente in Bayern zur Hilfe aufzurufen — oder es ist nicht dazu in der Lage, dann muß das offen ausgesprochen werden. Aber daß unpolitische Generäle überall in Deutschland herrschen, überall in den Gang der behördlichen Verwaltung eingreifen, nur in Bayern nicht, das ist ein Zustand, dem so oder so, aber bald ein Ende gemacht werden muß.

*

Breslau, 15. Oktober. (WTB.) Der Militärbefehlshaber hat im Einvernehmen mit dem Regierungskommissar auf Grund des § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 25. September 1923 angeordnet, daß alle öffentlichen Versammlungen in geschlossenen Räumen, in den politische Angelegenheiten erörtert werden, drei Tage vor ihrem Stattfinden anzumelden sind.

Zwischenfall in Meiningen.

2 Tote — 7 Verwundete.

Erfurt, 15. Oktober. (TU.) Der amtliche Bericht über einen Zwischenfall in Meiningen sagt u. a. folgendes: In der Nacht vom 13. auf den 14. Oktober wurde ein Soldat des 1. Bataillons des 14. Infanterieregiments in Meiningen von drei Zivilisten angegriffen und seines Seitengewehres beraubt. Hierauf entstand ein größerer Streit, bei dem etwa 40 Soldaten der Reichswehr von 200 Zivilisten bedrängt wurden. Da die Polizei die Streitenden nicht zu trennen vermochte, rief sie die Hilfe der Wachbereitschaft der Reichswehr an. Diese erschien denn auch in Stärke von zwei Unteroffizieren und zehn Mann. Sie wurden von der Menge beschimpft und bedroht. Als aus der Menge ein Schuß gegen die Soldaten abgegeben wurde, machten diese ebenfalls von der Schußwaffe Gebrauch. Hierbei wurden zwei Zivilisten getötet und sieben andere verwundet. Eine Untersuchung des Vorfalles ist eingeleitet.

Neue Lebensmittelkrawalle.

Leipzig, 15. Oktober. (TU.) In Leipzig kam es in den heutigen Vormittagsstunden erneut zu Lebensmittelkrawallen. Wie an den Vortagen, so sammelte sich auch heute zunächst vor der Zentralmarkthalle eine große Menschenmenge an und versuchte, die Lebensmittelstände und die Bauernwagen, die vor der Halle hielten, zu plündern. Ein großes Polizeiaufgebot war jedoch schnell zur Stelle und zerstreute die Menge mit dem Gummiknüppel. Die Markthalle wurde gesperrt und ein großes Polizeiaufgebot zu Fuß und zu Pferde hielt die Zugangsstraßen besetzt. Hierauf zog die Menge durch die Straßen der Stadt, drang in die Lebensmittelgeschäfte ein, die zum Teil geplündert wurden. Die Polizei mußte wiederholt einschreiten und nahm auch eine Anzahl Personen fest. Die meisten Geschäfte haben infolge der Vorgänge ihre Verkaufslokale geschlossen. Die Plünderungen halten zur Stunde noch an.

Unruhen in Neustadt a. d. H.

Neustadt a. d. Haardt, 15. Oktober. (WTB.) Am Sonnabendvormittag ist es hier zu schweren Unruhen gekommen, die ein Eingreifen der Besatzungsbehörden erforderlich machten. Die Erwerbslosen suchten in das Postamt einzudringen und zerschlugen sämtliche Fensterscheiben. Die Polizei mußte mit Gummiknüppeln und Schreckschüssen vorgehen. Die Besatzungsbehörden stellten schließlich die Ruhe wieder her.

Reichspräsident und Notlage.

Der Reichspräsident hat in Rücksicht auf den Ernst der Zeitverhältnisse bis auf weiteres auf die Hälfte der ihm nach dem Reichshaushaltsplan zustehenden Aufwandsgelder Verzicht geleistet.

Unsicherheit an der Börse.

Die Effekten steigen im Preise.

Nach der Annahme des Ermächtigungsgesetzes durch den Reichstag ist eine gewisse Entspannung der innerpolitischen Lage eingetreten, die sich deutlich am Devisenmarkte auswirkte. Bereits am Sonnabend nachmittag trat eine erhebliche Ab- Mit Beginn der neuen Woche zeigte sich in Berlin vormittags eine Mit Beginn der neuen Woche zeigte sich ni Berlin vormittags eine festere Tendenz für Devisen, im offizellen Verkehr an der Börse lag jedoch der Devisenmarkt bei sehr ruhigem Geschäft ziemlich schwach. Industrie und Großhandel nahmen vorläufig so gut wie gar keine Käufe vor, da sie die Entscheidung des Reichskabinetts in der Währungsfrage abwarten wollen.

Außerordentlich lebhaft war das Geschäft am Effektenmarkt. Hier vollzieht sich in stürmischem Tempo der Umwertungsprozeß auf Goldmark. Die Börse ist wieder einmal der Meinung, daß die Aktien noch weit unterbewertet seien. Ganz wesentlich mag zu dieser optimistischen Beurteilung auch der Umstand beigetragen haben, daß die Regierung ihre Vollmachten vorläufig zur Auferlegung von Goldmarksteuern und höheren Besitzabgaben nicht ausgenutzt hat, sondern sich lediglich auf eine Bewertung der bisherigen Steuern beschränkte. Die Geldmarktverhältnisse sind etwas leichter geworden. Auf den meisten Märkten waren wieder bedeutende Kurssteigerungen zu verzeichnen. Verdoppelungen und Verdreifachungen der Kurse waren keine Seltenheit.

Dollar amtlich: 3,75 Milliarden.

Gescheiterte Einheitsfront.

Die KPD. sprengt die Verhandlungen.

Hamburg, 15. Oktober. (Mtb.) Der Versuch zur Bildung einer proletarischen Einheitsfront in Hamburg ist vorläufig gescheitert. In den mehrstündigen Schlußverhandlungen, die gestern in Hamburg abgehalten wurden, gelang es dem Ortsausschuß Groß-Hamburg des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes trotz angestrengter Bemühungen nicht, eine Verständigung zwischen den drei politischen Arbeiterparteien herbeizuführen. Die Kommunistische Partei und auch die Unabhängigen verlangten von der Sozialdemokratie ein Eintreten für die Aufhebung des soeben beschlossenen Ermächtigungsgesetzes. Das lehnte die VSPD. ab mit der Begründung, daß dieses Gesetz auch zum Schutze der Republik diene. Der Ortsausschuß erklärt jede Verantwortung für das Scheitern der Verhandlungen abzulehnen, will aber seine Bemühungen zur Herstellung der Einheitsfront der Arbeiter auch weiterhin nicht aufgeben.

*

Das Hamburger Beispiel bestätigt nur alle bisherigen Erfahrungen. Die Kommunisten geben sich den Anschein, als ob sie ernsthaft an einer gemeinsamen Arbeit Interesse hätten, stellen dann aber plötzlich unerfüllbare Forderungen, um so eben begonnene Verhandlungen zu sprengen. Wenn das geglückt ist, gehen sie wieder in ihre Versammlungen und lästern über die Sozialdemokraten, die ihnen nicht in allem zu Willen sind. Unsere Genossen, die augenblicklich überall mit der kommunistischen Einigungspropaganda bedacht werden, können aus dem Hamburger Erlebnis allerlei nützliche Lehren ziehen.

Plünderungen in Düsseldorf.

Düsseldorf, 15. Oktober. (WTB.) Die Ausschreitungen nahmen im Laufe des gestrigen Vormittags einen immer größeren Umfang an, so in Oberbilk, wo, wie bereits gemeldet, am Abend vorher zahlreiche Konfektions-, Lebensmittel- und Schuhgeschäfte ganz oder teilweise ausgeplündert worden waren. Auch in anderen Stadtteilen, so besonders in der Altstadt, wurde eine größere Zahl solcher Geschäfte in derselben Weise von der plündernden Menge heimgesucht. Der größte Teil der Geschäfte schloß noch rechtzeitig die Läden und ließ die Rolläden herab. Die Polizei war wegen ihrer geringen Stärke den Plünderern gegenüber machtlos, und die Geschäftsinhaber mußten tatenlos zusehen, wie ihre Waren geraubt wurden. Die Plünderer, hauptsächlich junge Burschen, aber auch Frauen und selbst Kinder, schleppten alles, was ihnen in die Hände fiel, mit sich fort, darunter ganze Ballen Tuche, Kisten mit Margarine, Schmalz usw. Teilweise entwickelten sich unter den Plünderern Kämpfe um die gestohlenen Waren. Als dann später eine Abteilung französischer Infanterie und Kavallerie die Altstadt durchzog, stob die Menge auseinander, sie sammelte sich aber bald wieder, da die Franzosen nicht eingriffen, und setzte die Plünderungen fort. Gegen Mittag drangen die Massen in ein großes Konfektionshaus am Hindenburgwall ein und raubten dort Anzüge, Mäntel usw. In diesem Augenblick erschien die blaue Polizei auf zwei Lastwagen, sowie französische Besetzungstruppen mit zwei Panzerautos, und diesen gelang es, den Plünderern den größten Teil der geraubten Sachen wieder abzunehmen. Es wurden auch verschiedene Verhaftungen vorgenommen. Die Höhe des angerichteten Schadens läßt sich bis jetzt auch nicht annähernd feststellen. Alles deutet darauf hin, daß die Plünderer von Agitatoren aufgehetzt sind. Gegen 1 Uhr mittags herrschte in der Altstadt wieder Ruhe.

In den gestrigen Nachmittagsstunden kam es an einzelnen Stellen erneut zu Plünderungen. Es hatten sich große Menschenmengen in verschiedenen Stadtteilen angesammelt, die aber durch die blaue Polizei und durch die Besetzungstruppen zerstreut wurden.

Infolge der gestrigen Vorgänge hat die Besetzungsbehörde den Beginn der Nachtsperre schon auf 9 Uhr abends festgesetzt.

Roßbachs Haftentlassung.

Zu der Aufhebung des Haftbefehls gegen Oberleutnant a. D. Roßbach wird gemeldet, daß der Staatsgerichtshof die Haftentlassung ohne Stellung einer Kaution beschlossen hat, obgleich Roßbach eine solche wiederholt angeboten hatte. Es wurde ihm lediglich die Verpflichtung auferlegt, seinen jeweiligen Aufenthalt dem Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes mitzuteilen. Roßbach ist bereits am Sonnabend abend in Berlin eingetroffen, hat sich aber sofort auf eine längere Erholungsreise begeben. Welche Gründe den Staatsgerichtshof veranlaßt haben, Roßbach noch vor der Vernehmung des Generals v. Seeckt aus der Haft zu entlassen, ist nicht bekannt. Roßbach selbst hatte bereits vor längerer Zeit auf die Vernehmung des Chefs der Heeresleitung verzichtet, während der Staatsgerichtshof ausdrücklich darauf bestand. In diesem Zusammenhang sei bemerkt, daß entgegen von anderer Seite aufgestellten Behauptungen die Genehmigung des Reichswehrministers Dr. Geßler zur Aussage des Generals von Seeckt nicht erst im Anschluß an die Erörterung der Küstriner Vorgänge, sondern bereits vor längerer Zeit auf Grund einer Unterredung mit dem Untersuchungsrichter Dr. Richter erteilt worden ist. Die Genehmigung zur Aussage bezieht sich jedoch auf diejenigen Punkte, die keine Fragen der Landesverteidigung berühren.

Auf Drängen der Verteidiger Roßbachs soll demnächst das Verfahren gegen Roßbach wegen Fahnenflucht, in dem seit dem Februar dieses Jahres die Anklage erhoben worden ist, vor der Strafkammer in Schwerin zur Verhandlung kommen. Es handelt sich dabei bekanntlich um den Uebertritt des Freikorps Roßbach zu den Baltikumtruppen, wofür der Freistaat Mecklenburg als einziger der deutschen Staaten keine Amnestie gewährt hatte.

	15. Oktober		12. Oktober	
	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländ. Gulden .	1476300000	1483700000	1556200000	1563900000
1 argent. Pap.-Peso	1197000000	1203000000	1276800000	1287200000
1 belgischer Frank .	195510000	196490000	204487500	205512500
1 norweg. Krone . .	588525000	591475000	618450000	621550000
1 dänische Krone .	664835000	667665000	698250000	701750000
1 schwedische Krone	991515000	996485000	1045380000	1050620000
1 finnische Mark . .	100747500	101252500	105735000	106265000
1 japanischer Yen .	1870312500	1879687500	1970062500	1979937500
1 italienische Lira .	171570000	172430000	179550000	180450000
1 Pfund Sterling .	1696750000	1704250000	1795500000	1805000000
1 Dollar	**3750600000**	**3761400000**	**3990000000**	**4010000000**
1 französisch. Frank	230425500	271575500	239400000	240600000
1 brasilian. Milreis	354112500	355887500	379050000	380950000
1 Schweizer Frank	674810000	677690000	708225000	711775000
1 spanische Peseta .	508725000	511275000	537660000	537340000
100 österr. Kr. (gest.)	5266800	5293200	5546100	5573900
1 tschechische Krone	111720000	112280000	117705000	118295000
1 ungarische Krone	196500	200500	209475	210525
1 bulgarische Lewa	36907500	37092500	38902500	39097500
1 jugoslaw. Dinar .	44380750	44611250	46883750	46616250

Zahlenlos.

In der heutigen Zeit des Zahlentaumels kann man eine ganz interessante Entdeckung machen, wie sich der Zahlenreigen den Kaufenden gegenüber benimmt. Die Lebensmittelgeschäfte schreiben die Zahlen aus. Natürlich erlaubt man sich so kleine Kniffe und Kniffchen. Groß und in die Augen fallend spreizt sich die Zahl, die den Preis angibt, und winzig klein steht vor ihr die Angabe ½ oder ¼ Pfund. Ja, man ist schon bei ⅛ und 1/10 Pfund angelangt, das heißt bei sehr teueren Waren, z. B. Tee oder Kaffee. Andere Geschäfte bezeichnen den Preis ihrer Waren mit nullenlosen Zahlen und machen durch Plakataushang bekannt, die Zahlen bedeuten Millionen. Handelt es sich um Käufe, die man seltener tätigt, z. B. Wirtschaftswaren, Stiefel, Möbel usw., so ist der Multiplikator ersichtlich. Hin und wieder findet man, sogar bei Konserven, die Goldpreisberechnung. Ein eigentümliches Bild aber bieten die Schaufenster der Konfektion. Die ausgestellten Blusen, Röcke, Mäntel, Schürzen und dergleichen mehr sind buntbeschildert, aber diese Schilder zeigen keine Preise an, sondern sie tragen Aufschriften wie „Hochmodern", „Handarbeit", „Im eigenen Atelier gearbeitet", „Original Wien", „Sehr fesch", „Reine Wolle" usw. Das besagt nicht mehr und nicht minder, daß weder Geschäftsinhaber noch irgendein Mensch aus dem Publikum an Verkauf oder Kauf denken. Von den Vorübergehenden ist kaum einer mehr schaulustig, nur in den Abendstunden bleibt dann und wann mal jemand vor der Auslage stehen, um, wenn er auf die Elektrische wartet, der dringend nötigen Lichtersparnis daheim eingedenk, schnell vor dem erleuchteten Schaufenster seine Zeitung zu lesen.

Der Mädchenhandel in Blüte.

Ein Händler gibt 50 Fälle von Verschleppungen zu.

Immer wieder wird bestritten, daß es Mädchenhändler gibt. Neue Vorkommnisse beweisen aber, daß es doch der Fall ist, wenn auch dieser scheußliche Handel in der Vorkriegszeit wenigstens in Deutschland so gut wie gar nicht mehr bestanden haben mag. Die Zentralstelle der hiesigen Kriminalpolizei zur Bekämpfung des internationalen Mädchenhandels beschäftigt sich wieder mit der weiteren Aufklärung eines Treibens, das durch zwei Verhaftungen ans Licht gekommen ist. Es stellt sich heraus, daß durch eine einzige Vermittlungsstelle nicht weniger als 50 deutsche Mädchen verkauft und dem namenlosen Elend ausgeliefert worden sind, ein Umstand, der die Behörden zu schärfsten Vorbeugungsmaßnahmen veranlassen sollte.

An der holländischen Grenze bei Emmerich wurde ein gewisser Cornelius Ritter, der ein junges Mädchen über die Grenze bringen wollte, von dem holländischen Grenzkommissar angehalten und der deutschen Behörde übergeben. Seine Begleiterin wurde nach Emmerich zurückgeschickt. Ritter sitzt in Emmerich im Gefängnis und hat dort dem Richter eingeräumt, daß er seit Anfang Sommer dieses Jahres Mädchen nach Holland gebracht hat. Wie er sagt, lernte er einen gewissen van Gülpen kennen, einen Holländer, der ihn bat, ihm junge Mädchen zuzuführen. Ritter fand auch in Tanzlokalen Mädchen von 17 bis 18 Jahren und brachte sie in einem Café in Emmerich mit van Gülpen zusammen oder gab jenem ihre Adressen an. Der Holländer tat zwar so, als ob die Mädchen in Holland gut bezahlte Stellungen erhalten sollten, ließ aber Ritter nicht im Zweifel darüber, daß sie zu unlauteren Zwecken angeworben werden sollten. So wurden, wie der Verhaftete gesteht, von ihm und von van Gülpen im Laufe des Sommers etwa 50 Mädchen nach Holland gebracht. Beide begleiteten sie jedesmal bis an die Grenze. Ritter erhielt für jede „Lieferung" einige Millionen, im ganzen etwa 60 Millionen. Auf van Gülpen wird jetzt eifrig gefahndet.

In Siegen sitzt auch ein gewisser Frank in Haft. Die Berliner Zentralstelle hat nun einen Brief aufgefangen, die in Hamburg in einem der ersten Hotels geschrieben und an einen Charlie Frank gerichtet war. In diesem Schreiben, das in geläufiger Handschrift vorsichtig abgefaßt ist, heißt es: „Die fünf Mädchen sind gut angekommen und gesichert. Sie sind unterwegs nach New York. Im Hafen von Hamburg wimmelt es von Polizisten. Nach mühsamer Arbeit haben wir sie aufs Schiff gebracht. Zwei hätten uns durch ihr Weinen verraten, aber Du weißt ja, daß Chloroform gut wirkt. Bill ist verhaftet worden, Jonny ist an seiner Stelle. Ich habe die Mädels nach San Franzisko, Blue Bird, gebracht. Da können sie nach Vater und Mutter schreien, soviel sie wollen. Wenn Du wieder Ware hast, so bringe sie gleich nach Hamburg zur Mädchenbörse. Sollte die Polizei auf Dich aufmerksam werden, so verschwinde nach Bremen. Der Scheck über 1 Million Dollar folgt nach. Sollten die Mädels sich sträuben, so bringe sie dahin, wo ich sagte. Dort werden sie schon zur Vernunft kommen." Der Brief ist mit drei Vornamen unterschrieben und fordert den Empfänger auf, ihn sofort zu vernichten. Ob der in Siegen Verhaftete mit dem hier erwähnten Frank gleich ist, wird noch untersucht. Nach allem scheint es, daß diese verruchten Händler auch in Berlin wieder an der Arbeit sind. Mitteilungen zur Aufklärung des Treibens nimmt Kriminalkommissar Johannes Müller im Polizeidienstgebäude in der Magizinstraße entgegen.

Lebensmittelunruhen.

Im Laufe des Sonnabends ist es an verschiedenen Stellen Groß-Berlins zu Ansammlungen und teilweise auch zu Plünderungen gekommen. Um 10 Uhr vormittags mußte der Marktaufsichtsdienst auf dem Friedrich-Karl-Platz in Charlottenburg durch 16 Beamte der Schutzpolizei verstärkt werden, da die Käufer wegen der hohen Preise der Lebensmittel sehr erregt waren. Um 1 Uhr nachmittags sammelten sich am Rathaus in Neukölln etwa 250 Personen, die eine Unterstützung verlangten. Schutzpolizei löste die Ansammlung auf. Zu einem ernsteren Zwischenfall kam es gestern nachmittag in Niederschöneweide, wo ein Teil eines in der Brückenstraße aufgelösten Demonstrationszuges in das Café von Gerstenbeck, Berliner Straße 22, eindrang und es plünderte. Zwei Personen wurden festgenommen, aber aus Mangel an Beweisen wieder freigelassen. Etwa um dieselbe Zeit sammelten sich auf dem Markt in der Bornstraße in Schöneberg einzelne Trupps 16—20jähriger Burschen, die durch die Marktgassen zogen, und, trotzdem sie einige Male zerstreut wurden, sich immer wieder ansammelten. Erst als der Markt systematisch durch Absperrung geräumt wurde, konnte die Ansammlung zerstreut werden. Eine 200köpfige Menschenmenge, die sich vor dem Laden des Schlächters Bader, Steinmetzstraße 71, um 6 Uhr abends ansammelte und Miene machte, den Laden zu stürmen, konnte durch Polizeibeamte des zuständigen Reviers zerstreut werden, ohne daß es zu Plünderungen kam.

Massendiebstähle bei der Post.

Gegen eine 40köpfige Posträuberbande begann heute Vormittag vor der Strafkammer des Landgerichts III eine auf mehrere Tage berechnete Verhandlung. Beim Postamt Wilmersdorf fanden in den letzten Jahren fortgesetzt große Diebstähle statt, an denen sich ein großer Teil von unteren Beamten beteiligte. Es wurden sehr wertvolle Sachen in solchen Mengen geraubt, daß damit von der Diebesgesellschaft ein schwunghafter Handel getrieben wurde. Außer Lebensmitteln aller Art befinden sich unter der Beute Kleiderstoffe, Schuhwaren, Pelze, Wäsche, silberne Löffel, Uhren u. a. m. An der Spitze der Diebesbande stand der Betriebsrat Ernst Kirsten, der die gestohlenen Sachen zum Teil durch seine Frau, teils aber auch durch seine Geliebte, die Postaushelferin Ottilie Bertram, die auch dem Betriebsrat angehörte, verschieben ließ. Eine führende Rolle spielten ferner der Postschaffner Paul Behrendt und die Postaushelfer Fritz Moratzky und Willi Weise. Der Hauptabnehmer der Beute war der Händler August Handrick. Der Angeklagte Kirsten hat es verstanden, sich das Vertrauen des Vorstehers des Postamtes zu erwerben und war zum Gruppenführer einer Paketsortiererkolonne ernannt worden. Die Sortierung der Pakete fand in einem besonderen Raum im Keller statt und Kirsten hatte die Aufgabe der Ueberwachung. Neben den Postbeamten, zum größten Teil Postschaffner, Aushelfer und Aushelferinnen, sind auch zum großen Teil die Frauen der männlichen Angeklagten mitangeklagt. Für die Verhandlung ist eine volle Woche in Aussicht genommen worden.

Das richtige Mittel.

6 Wochen Gefängnis und 200 Milliarden Mark Geldstrafe für Kartoffelwucher.

„Keine Kartoffeln auf dem Wochenmarkt" und wieder keine Kartoffeln auf dem Wochenmarkt, so lauten seit einiger Zeit die Ueberschriften der Potsdamer Marktberichte. Trotz dringenden Appells der maßgebenden Regierungsstellen und selbst der landwirtschaftlichen Organisationen, trotz wiederholten Hinweises auf die Strafbestimmungen wegen Zurückhaltung von Waren blieb die Zufuhr von Kartoffeln sehr gering. Auf Grund von Anzeigen begab sich das Potsdamer Marktgericht zusammen mit der Leitung der Bezirkspreisprüfungsstelle an einen Ort des Kreises Osthavelland und verurteilte den dortigen Domänenpächter wegen Preistreiberei zu sechs Wochen Gefängnis und Einziehung von 100 Zentnern Kartoffeln. Der Domänenpächter hatte am letzten Montag 2,50 Goldmark für den Zentner Kartoffeln gefordert und damit den Preis der amtlichen Kartoffelnotierungskommission um das Dreifache übersteigert. Es wurde ferner festgestellt, daß ein Verkauf gegen Annahme von Dollarscheinen durch die Frau des Domänenpächters getätigt wurde. Diese Scheine wurden durch die Staatsanwaltschaft beschlagnahmt und die Frau des Domänenpächters zu 200 Milliarden Geldstrafe verurteilt. Die Forderung des Domänenpächters von 2,50 Goldmark ist um so verderblicher, als selbst der Landbund seinen Mitgliedern nur 1,50 Goldmark als Richtpreis empfohlen hatte.

Wenn man gegen alle Wucherer und Volksaussauger mit den gleichen rücksichtslosen Mitteln vorgegangen wäre, dann hätten wir einen guten Teil der Sorgen, die uns heute schwer bedrücken, bereits hinter uns.

Genosse Otto Osburg, Stadtrat im Bezirk Steglitz, ist im Alter von 54 Jahren einer schweren Krankheit erlegen, die nicht zuletzt eine Folge seiner unermüdlichen, aufopferungsvollen Betätigung im Dienste des Gemeinwohls war. Sein Tod ist ein schmerzlicher Verlust für unsere Partei in Kreis und Abteilung. Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 17. d. M., nachmittags 2½ Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt.

Lächerliche Bewertung von alten Tausendern. Das Reichsbankdirektorium teilt mit: Die Wahrnehmung, daß in letzter Zeit die Fälle sich häufen, in denen Reichsbanknoten zu einem den Nennwert übersteigenden Preise gehandelt werden, gibt uns Veranlassung darauf hinzuweisen, daß die Höherbewertung der vor dem Kriege ausgegebenen Reichsbanknoten — insbesondere der rotgestempelten Reichsbanknoten zu 1000 und 100 Mark — völlig unbegründet ist. Die im Publikum verbreiteten Gerüchte über eine höhere Bewertung entbehren jeder Grundlage, da die Reichsbank durch Gesetz vom 4. August 1914 („Reichsgesetzblatt" S. 347) der Verpflichtung zur Einlösung ihrer Noten in Gold enthoben ist. Infolgedessen sind die vor dem 4. August 1914 in den Verkehr gegebenen Noten den später ausgegebenen Noten völlig gleichgestellt. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß der Handel mit Reichsbanknoten und Darlehnskassenscheinen zu einem den Nennwert übersteigenden Preise durch das Gesetz betreffend Verbot des Agiohandels mit deutschen Banknoten und Darlehnskassenscheinen vom 1. März 1919 („Reichsgesetzblatt" S. 263) verboten und mit hoher Strafe bedroht ist.

Diebstahl kostbarer historischer Dokumente.

In der Nacht vom 5. zum 6. Oktober haben Einbrecher aus dem Ausstellungsraum des Staatsarchivs in Marburg eine große Anzahl von kostbaren Urkunden gestohlen, darunter drei Urkunden von König Pipin, drei von Karl dem Großen, zwei von Kaiser Arnulf, ferner solche des Kaisers Maximilian II., Rudolfs II., Mathias, Ferdinands II. und III., weiter Briefe des Landgrafen Philipp des Großmütigen, Luthers, Melanchthons, Schreiben Philipps II. von Spanien, mehrere Schreiben aus der Zeit des 30jährigen Krieges (des Mansfelders, Merodes, Göß', Gustav Adolfs, Axel Oxenstiernes, Melanders) und aus der neueren Zeit Briefe der Elisabeth von der Pfalz, Augusts von Sachsen, Friedrichs des Großen, der Marschälle Belle-Isle und Soubise, Josefs II., Emmerichs, Pestalozzis, Jerome Napoleons und des Generals Kleist von Nollendorf, endlich Schreiben Franz I. von Frankreich, Friedrich Wilhelms I., Karls XII. von Schweden, Katharina II., Thomas Cromwells, Gustav Wasas, Robert Dudleys, der Könige Karls I., Karls II. und Georgs III. von England.

Todessturz eines französischen Gleitfliegers in England. Bei den Gleitwettflügen in Lympne stürzte am Sonntagnachmittag der französische Flieger Manegrol mit einem kleinen Flugzeug aus einer Höhe von etwa 100 Fuß ab und starb einige Minuten später. Kurz zuvor hatte Manegrol verschiedene Höhenrekorde aufgestellt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunehmende Aufheiterung ohne erhebliche Niederschläge bei schwachen Winden. Nachts sehr kühl, am Tage etwas wärmer als heute.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Parteigenossen! Die Kassierung der Beiträge ist unter den obwaltenden Verhältnissen außerordentlich schwierig und erfordert von allen Unterbezirks- und Hauskassierern eine schier unerfüllbare Arbeit und große Opfer. — Diese für die Organisation so wertvolle Arbeit könnte jedoch den ehrenamtlichen Funktionären sehr viel erleichtert und eingeschränkt werden, wenn die einzelnen Mitglieder nach Möglichkeit ihre zuständigen Kassierer zur Zahlung der Beiträge gelegentlich aufsuchen würden. — Es wird hierdurch im Interesse der Partei ebenso dringend als höflich gebeten, dieser Anregung in möglichst weitgehendem Maße nachzukommen.

J. A.: Alex Pagels.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen. Mittwoch, 17. Oktober, nachmittags 5 Uhr im Jugendheim Lindenstr. 3: Vortrag des Genossen Rosin: Das Schicksal des Reichsschulgesetzentwurfes.

13. Kreis. Tempelhof, Mariendorf. Morgen, Dienstag, den 16. Oktober, abends 7½ Uhr bis 9 Uhr Beginn der Vortragsreihe des Genossen Stadtrat Wermuth. (6 Arbeitsstunden: 16., 23., 30. Oktober, 6., 13. und 20. November.) 1. Von der Natural- zur Weltwirtschaft. 2. Die mittelalterliche Produktion. 3. Der Produktionsprozeß des Kapitals. 4. Der Sozialismus: a) der utopische, b) der wissenschaftliche Sozialismus. 5. Weltkrieg und Revolution. 6. Verschärfter Imperialismus oder Sozialismus. Lokal: 2. Gemeindeschule Tempelhof, Friedrich-Wilhelm- Ecke Werderstr.

19. Kreis Pankow. Dienstag, 16. Oktober, abends 7½ Uhr, im Jugendheim Pankow, Neritestr. 32. Beginn des Kursus über Kommunalpolitik und Verfassungsfragen. Vortragender Stadtrat Dr. Friedländer. Anmeldungen werden im Jugendheim entgegengenommen.

73. Abt. Schmargendorf zus. mit Abt. Grunewald. Mittwoch 8 Uhr, Extraabteilabend; Aula der Gemeindeschule Friedrichshaller Straße. Tagesordnung: Stellungnahme zu den Neuwahlen des Bezirksvorstandes.

74. Abt. Zehlendorf. Dienstag, 16. Oktober abends 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Mielke. Thema: Stellungnahme zur Neuwahl des Bezirksvorstandes und der Preßkommission.

Jungsozialisten. Ortsgruppe Moabit. Heute (Montag) Abend ½8 Uhr bei Tümper, Flensburger Str. 3. Vortrag des Genossen Kurt Wegner: Die Aufgaben der Jungsozialisten.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

35. Abt. Unser alter Genosse, der Gastwirt Fritz Dreise, ist plötzlich verstorben. Die Einäscherung erfolgt am Dienstag, den 16., nachmittags 1½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg.

Der Brandenburger Zentralvorstand zur Lage.

Am gestrigen Sonntag fand im Saal der Sozialdemokratischen Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses eine außerordentliche Zentralvorstandssitzung des Bezirksverbandes Brandenburg der VSPD. statt, zu der etwa 100 Delegierte aus der gesamten Provinz Brandenburg und zahlreiche Reichstags- und Landtagsabgeordnete der in Frage kommenden Wahlkreise erschienen waren.

Das politische Referat hielt der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion im Preußischen Landtage, Genosse

Ernst Heilmann,

dessen zweistündige Ausführungen von allen Teilnehmern mit gespanntester Aufmerksamkeit angehört wurden. Von der Kriegszeit und der Niedersage Deutschlands ausgehend, schilderte der Referent die Entwicklung unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse seit der Revolution, die uns zwangsläufig zur Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien geführt hätten. Nach einem ausführlichen Rückblick auf die Aera Cuno und die Taktik der Sozialdemokratie in dieser Zeit besprach der Redner die Entstehung und das Wirken der ersten Regierung Stresemanns, die jüngste Kabinettskrise, die Neubildung der großen Koalition und den erst am Tage zuvor beendeten schweren Kampf um die Annahme des Ermächtigungsgesetzes. Bei der Besprechung dieser letzten Fragen schilderte der Genosse Heilmann die ungeheuren Gefahren, die der Republik und der Arbeiterschaft gerade in den entscheidenden Tagen der vorletzten Woche gedroht hätten, sowie den zähen Kampf des Genossen Severing gegen die im Konnex mit der Reichswehr stehenden illegalen rechtsradikalen Organisationen. Ohne Severing als preußischen und Sollmann als Reichsinnenminister wäre die Gefahr einer Rechtsdiktatur, wenn überhaupt, nur unter ungeheuren Blutopfern der Arbeiterschaft abgewehrt worden. Der Referent wies die Auffassung scharf zurück, als hätten wir vor der Deutschen Volkspartei kapituliert. Umgekehrt sei es die Volkspartei gewesen, die in allen entscheidenden Punkten von ihren ursprünglichen Forderungen vor dem Widerstand unserer Fraktion zurückgewichen sei. Das komme deutlich in der Haltung des Stinnes-Flügels der Deutschen Volkspartei bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz zum Ausdruck. Der Ansturm der Schwerindustrie gegen den Achtstundentag sei im Reichstag dank der Haltung unserer Fraktion abgeschlagen worden, und deshalb sei Stinnes zu Degoutte gelaufen. Allerdings müßten sich die Parteigenossen darüber im klaren sein, daß wir für die große Masse der Industriearbeiterschaft den Achtstundentag auf die Dauer nur dann erfolgreich würden retten können, wenn wir ihn elastisch und nicht schematisch verteidigten. Zum Schluß wandte sich der Redner energisch gegen die zum Teil skandalöse Art, wie z. B. in gewissen sächsischen Parteiblättern Parteivorstand und Reichstagsfraktion verunglimpft werden. Das veranlasse doch zu Rückblicken in die Vergangenheit, als die Berliner unter Berufung auf den revolutionären Paul Lensch von der „Leipziger Volkszeitung" den Hinauswurf der nicht genug radikalen „Vorwärts"-Redaktion unter Kurt Eisner durchgesetzt hätten. Man bedenke nur: der Märtyrer der Revolution Kurt Eisner hinausgedrängt durch den heutigen Chefredakteur von Hugo Stinnes! Der Redner schloß unter lebhaftem Beifall seine Ausführungen mit einem Appell zur Einigkeit, die mehr denn je nötig sei, um den schweren Stand unserer parteigenössischen Minister im Reiche und in Preußen zu festigen, um die furchtbare Krise und Not der gegenwärtigen Zeit zu überwinden und um die Republik, die Demokratie und die letzten Errungenschaften der Revolution zu retten.

An das Referat schloß sich eine mehr als dreistündige Diskussion an, an der etwa 15 Redner teilnahmen.

Es sprachen u. a. Genosse Dr. **Löwenstein**, der sich zum Standpunkt der Fraktionsminderheit bekannte und die Ansicht vertrat, daß die Arbeiterschaft von ihrem Klasseninteresse aus nur Nachteile von der gegenwärtigen Koalition zu erwarten hätte. Er betonte, daß die Fraktionsminderheit stets volle Freiheit bei der Darlegung ihres Standpunktes gehabt hätte und daß ihr die „Gewissensklausel" bis zum letzten Tage zugesichert, dann aber wieder aufgehoben worden wäre.

Genosse **Otto Wels** begründete den schließlich angeordneten Fraktionszwang mit der bis zur letzten Sekunde absolut undurchsichtigen Haltung der Bayerischen Volkspartei. Wäre, wie er es selbst zunächst beantragt hatte, die „Gewissensklausel" aufrechterhalten worden, dann wäre der Wille der überwiegenden Mehrheit der Fraktion durch die Bedenken der Minderheit einfach aufgehoben worden. Das sei schon aus theoretischen Gründen der Parteiorganisation und Parteidisziplin undenkbar, ganz abgesehen von den katastrophalen Folgen, die die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes für das Reich, die Republik und besonders die Arbeiterschaft gehabt hätte. Es sei unglaublich, wie in einzelnen Parteiblättern die Behauptung kolportiert werde, daß 54 Mitglieder unserer Fraktion den Achtstundentag hätten einfach preisgeben wollen.

Genosse **Kurowski-Mahlow** beschwerte sich über die Nichtveröffentlichung eigener programmatischer Gedanken über den Sozialismus durch den „Vorwärts".

Genosse Dr. **Breitscheid** begründete die Haltung der Fraktionsmehrheit und wies auf die unausgesetzten Bemühungen der Deutschnationalen, uns aus der Koalition hinauszudrängen, auf ihren Jubel nach dem Ausbruch der Krise und auf ihre Enttäuschung nach der Wiederherstellung der Koalition, hin.

Genosse **Salomon-Luckenwalde** machte Mitteilungen über die Umtriebe der schwarzen Reichswehr in Jüterbog, ebenso ein Genosse aus Kottbus und ein Genosse aus Sorau, die zwar die Bemühungen Severings, Abhilfe zu schaffen, anerkannten, jedoch die Durchkreuzung seines Willens durch untergeordnete Organe und durch die Reichswehr feststellten.

Genosse **Zubeil** verurteilte in temperamentvollen Ausführungen die Haltung der Fraktionsmehrheit und die Koalitionspolitik überhaupt.

Genosse Dr. **Caspary-Meseritz** erklärte, daß auf dem in der Ostmark, namentlich auf dem flachen Lande, die Parteigenossen in höchster Sorge auf die Annahme des Ermächtigungsgesetzes warteten, weil die Einführung des neuen Geldes unverzüglich erfolgen müsse. Genosse **Brugler-Teltow** entwarf an der Hand einzelner Beispiele ein erschütterndes Bild der gegenwärtigen Not der Arbeiterschaft. Genosse **Rosenbaum-Kottbus** behauptete, daß die Zahl der Parteimitglieder infolge der Neubildung der Koalition stark zurückgehe und empfahl die Einheitsfront des Proletariats. Genosse **Klein-Wildau** erkannte die dringende Notwendigkeit einschneidender gesetzgeberischer Maßnahmen an, verlangte jedoch erhöhte Aufmerksamkeit der Parteileitung gegenüber den kommenden Verordnungen der Regierung und beschwerte sich über ungenügende Information der Parteigenossen in der Provinz durch den Bezirksvorstand. Bezirkssekretär Genosse **Wilhelm Krüger** antwortete auf verschiedene Fragen und Vorwürfe der Diskussionsredner und machte Angaben über die Maßnahmen der Partei zur Abwehr der Reaktion.

In seinem Schlußwort ging Genosse **Heilmann** auf zahlreiche Kritiken und Anregungen der Diskussionsredner ein und stellte fest, daß kein einziger Genosse eine Resolution des Inhalts eingebracht hätte, daß unsere Minister aus den Regierungen im Reiche und in Preußen zurückzuziehen wären, und die Partei gewillt sei, die unvermeidlichen Folgen eines solchen Schrittes auf sich zu nehmen. Das allein wäre aber konsequent gewesen. Gegenüber den Genossen, die es als eine Niederlage der Sozialdemokratie bezeichneten, daß Genosse Hilferding als Finanzminister preisgegeben worden wäre, müsse festgestellt werden, daß die Schuld daran u. a. diejenigen Genossen in führenden Stellungen träfe, die sich öffentlich hingestellt, die Arbeiten Hilferdings lächerlich gemacht und damit den bürgerlichen Parteien das Stichwort zur Entfernung Hilferdings gegeben hätten. (Sehr richtig!) Aber Hilferding selbst hätte sich in bewunderungswürdiger Weise darüber hinweggesetzt und vor dem Parteiausschuß und vor dem Berliner Bezirkstag die Neubildung der Großen Koalition ohne seine Person leidenschaftlich verteidigt. (Lebhafter Beifall.)

Daraufhin wurde mit allen gegen zwei Stimmen folgende Resolution angenommen:

„Der erweiterte Zentralvorstand des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg **würdigt die Gründe, die die Reichstagsfraktion bestimmte, der Aufrechterhaltung der Großen Koalition zuzustimmen.** Er verlangt von der Fraktion und den Regierungsmitgliedern geschlossenes Eintreten für die sofortige Einführung einer wertbeständigen Währung, für die Sicherung der Brot-, Kartoffel- und Kohlenversorgung der Bevölkerung und für ein vom Stinnes-Geiste freies Produktionsprogramm, das die deutsche Wirtschaft zur Gesundung bringt. Die Konferenz verlangt weiter die **Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes**, der bisher besonders gegen die organisierte Arbeiterschaft zur Anwendung gekommen ist.

Die Versammlung erklärt, daß angesichts der gewaltigen Reaktion in Bayern und angesichts der dunklen landesverräterischen Unternehmungen der arbeiterfeindlichen Schwerindustrie es unverantwortlich ist, wenn jetzt Meinungsgegensätze ausgetragen werden, wie es in verschiedenen Teilen des Reiches geschieht. Die Konferenz ruft die Parteimitgliedschaft auf, alle **Kräfte einzusetzen für die Einheit und Geschlossenheit der Partei.**"

Im zweiten Teil der Tagesordnung wurden Organisationsfragen und die Beitragspolitik behandelt. Der Zentralvorstand wird ersucht, eine großzügige Finanzpolitik zu betreiben und unter allen Umständen Wochenbeiträge von einem viertel Stundenlohn durchzusetzen.

Das Ziel der Deutschnationalen.

In der „Kreuzzeitung" gibt Graf Westarp zu, daß in der deutschnationalen Reichstagsfraktion taktische Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Er stellt die Sache folgendermaßen dar:

Es ist unwahr, zu behaupten, daß irgend jemand in der deutschnationalen Fraktion nicht von dem festen Entschlusse beherrscht sei, **mit allen zum Ziele führenden Mitteln die jetzige Regierungskoaliton zu sprengen und alle Verantwortungen zu übernehmen, die sich ergeben, wenn die Sozialdemokraten aus der Regierung verdrängt und die Deutschnationalen mit ausreichenden Sicherungen ihres Einflusses an der Regierungsgewalt beteiligt werden.** Ueber die Möglichkeit und die Pflicht, im gegebenen Fall die in der Opposition vertretenen Grundsätze als Regierung zur Durchführung zu bringen, und über **die Notwendigkeit, alles zu tun, um zu diesem Ziele zu gelangen,** besteht keine Meinungsverschiedenheit, da gibt es kein Schwanken. Ueber die taktische Zweckmäßigkeit einzelner Schritte bestehen, damit verrät man kein Geheimnis, stets und in allen Fraktionen Verschiedenheiten der Ansichten. Bei den Abstimmungen über das Ermächtigungsgesetz lagen die Dinge so, daß die Koalitionsparteien zusammen über 346 Stimmen verfügen, während zur Anwesenheit von zwei Dritteln nur 306 Abgeordnete notwendig sind. Es konnte daher wohl zweifelhaft erscheinen, ob es zum Ziele führen werde, durch **eine immerhin mißliebig machende Entfernung** aus dem Saal an einem Tage, wo dies gerade möglich war, die Anwesenheitsziffer unter das nach der Verfassung notwendige Maß herabzudrücken. **Tatsächlich ist der Erfolg, das Gesetz zum Scheitern zu bringen, ja auch nicht erzielt worden,** weil die Koalitionsparteien, als sie die Gefahr erkannten, die Sitzung vertagten und für den Sonnabend eine ausreichende Anwesenheitsziffer herbeiführten.

Damit wird zugegeben, daß sich die Deutschnationalen durch ihr Manöver vom Donnerstag nur „mißliebig machten", ohne ihr Ziel zu erreichen. Das Ziel ist, die Sozialdemokraten aus der Regierung hinauszudrängen und einen regierenden Bürgerblock unter deutschnationaler Führung zu schaffen. Wenn die Deutschnationalen durch ihre Politik die Kluft zwischen sich und den bürgerlichen Parteien vergrößern, entfernen sie sich von diesem Ziel, statt sich ihm zu nähern. Man begreift also, warum Herr Helfferich am Donnerstag mutentbrannt über die Dummheit seiner Parteigenossen davonlief.

Auf der anderen Seite preist es Westarp als einen Erfolg des deutschnationalen Manövers, daß die Koalitionsparteien Farbe bekennen mußten und daß insbesondere die Sozialdemokratie gezwungen war, durch strengen Fraktionszwang auch die Minderheit zum Sukkurs heranzuholen. Dieser Erfolg ist tatsächlich erreicht worden. Wenn aber die Deutschnationalen hoffen sollten, auf diese Weise einen Keil in die Sozialdemokratie hineingetrieben zu haben, so werden sie sich täuschen. Sie wollen die Sozialdemokraten durcheinander bringen, um aufs neue ihre Herrschaft zu befestigen, die schon so entsetzliches Unheil über Deutschland gebracht hat. Die Offenheit, mit der sie das zu erkennen geben, zeigt den Sozialdemokraten deutlich, wie man es nicht machen darf, wenn man nicht den schlimmsten Feinden der Arbeiterklasse zu Gefallen handeln will.

Sportklub Oympia. Zu der Haussuchung im „Sportklub Olympia" und zur Festnahme einiger leitender Mitglieder dieses Vereins erfährt eine Berliner Korrespondenz, daß der Vorsitzende des Klubs wieder auf freien Fuß gesetzt worden ist. Die festgenommenen Gruppenführer wurden im Laufe des gestrigen Nachmittags einer eingehenden Vernehmung unterzogen, von deren Ergebnis es abhängen wird, ob sie weiter in Haft behalten werden.

Republikanischer Reichsbund. In Darmstadt wurde eine Ortsgruppe des Republikanischen Reichsbundes gegründet, dem sofort mehrere Organisationen und zahlreiche Einzelpersonen beitraten.

Eine alte Geschichte.

Von Hans Wesemann.

Es mögen wohl schon einige Jahrhunderte darüber vergangen sein, da brach in einem großen Lande des Orients eine Hungersnot aus. Zwar war die Ernte recht gut gewesen, und Vorräte waren genügend vorhanden, um alle zu sättigen. Aber wie das wohl manchmal geht, die Armen mußten hungern und die Reichen gaben nichts oder vertrösteten die Hungernden auf die Hilfe der Götter.

Da diese aber nicht zur richtigen Zeit eintraf, wurde die Not unerträglich, und schließlich jammerten die Armen so laut, daß auch der Herrscher des Landes sie vernahm und vor sein Antlitz kommen ließ.

Er hörte sich alles an, dachte einen Augenblick nach und befahl dann die reichsten Männer seines Landes zu sich. Sie erschienen auch alle. Der Herrscher aber sagte nur: „Ihr wißt, wie es in unserem Lande aussieht. Nun hört gut zu: Für jeden Armen, der Hungers stirbt, lasse ich zehn von Euch aufhängen." Damit entließ er sie.

Es ist kein Armer Hungers gestorben, sagt die alte Legende.

Expressionistischer Tanz.

Zwei Meisterschülerinnen von Mary Wigman, Yvonne Georgi und Gret Palucca, gaben vorige Woche einen Tanzabend im Blüthner-Saal. Vierzehn Tage vorher hatte die Meisterin selber sich produziert. Das äußerlich Charakteristische des Wigman-Tanzes, die gliederschleudernde, aufstampfende Kraftentfaltung, findet sich auch bei den Schülerinnen. Ebenso das weitausgreifend Hinwirbelnde, das mit Schritt und Geste den Raum beherrscht und rhythmisch gliedert. Nur gibt sich hier alles in gesteigerter Potenz. Die Kraftentfaltung grenzt zuweilen an Kraftmeierei. Es herrscht ein fast ununterbrochenes Fortissimo. Der Uebergang zur pointierenden Attitude, bei der Wigman stets ein wuchtig schwungvoller Ausklang, wird oft zum jähen Abbrechen. Aber das sind Fehler, die man temperamentvoller Jugend am ehesten verzeiht, und man würde sie vielleicht übersehen, wenn nicht der Vergleich mit der vollendeten Kunst der Meisterin uns unwillkürlich den höchsten Maßstab aufdrängte.

Dieser Maßstab ist durchaus am Platz, wenn man Geist und Stil der Leistung in Betracht zieht. Was die Wigman-Schule uns in so begabten Schülerinnen, wie diese beiden es sind, überzeugend zur Erscheinung bringt, ist Kunst als Gestaltung des rein Seelischen. Selbst in den an moderne Gesellschaftstänze anklingenden Rhythmen, in der Mazurka der Georgi und dem Tango der Palucca, verschwindet alles ornamental Arabeskenhafte und nur innerlich Empfundenes und Geschautes wird gestaltet. Das ist — um ein modernes Schlagwort zu brauchen — Expressionismus in der Tanzkunst. Und zwar im wesentlichen gegenständlicher Expressionismus, der es nicht verschmäht, sich gelegentlich pantomimischer Wirkungen zu bedienen, der aber, ebenso wie den äußerlich dekorativen, so auch den wohlfeilen naturalistischen Effekt ausschließt und sein letztes Ziel in der rein rhythmischen Bewegung als Ausdruck seelischen Erlebens sucht und findet. Es ist nicht der einzige Weg, aber es ist einer der Wege, die zum Tanz der Zukunft führen.

Es gehört einige Ueberwindung dazu, von der ernsten Höhe dieses Abends zu dem herabzusteigen, was die letzte Woche im Blüthner-Saal uns sonst beschert hat. Da gab es am Freitag einen „Tanzabend der modernen Musik", an dem ein Herr Henri aus New York mit Stirnlöckchen, Korallenlippen und rosig geschminkten Brustwarzen Künste vorführte, die sich ein anspruchsvolles Publikum kaum als Nummer eines Tingeltangel-Programms gefallen lassen würde. Und am Tage darauf produzierte die Tanzlehrerin Maria Behm sich und einige unfertige Schülerinnen in einer Aufführung, deren technische Dürftigkeit und phantasielos kitschige Trivalität nicht diskutabel sind.

John Schikowski.

„Die Jahreszeiten" in der Neuen Welt. Die Kunstgemeinde Neukölln eröffnete ihr zweites Spieljahr mit Haydns „Jahreszeiten". Dieses Werk, eingelagert in die bukolische Abgeschlossenheit des Landlebens, entsprossen den Temperamenten einer wesentlich naiven Epoche, die am Anfang der Orchestermusik stand, und doch schon in seiner Charakteristik den Schlüssel zur Moderne liefernd, wie sie Mahler in einzelnen seiner Sinfonien abschloß, war geeignet, zwischen Herbst und Winter eine Gemeinde gefangen zu nehmen, die das Elend einer zusammengebrochenen Welt, das so veränderte Milieu der modernen Arbeitsstadt zusammengeführt hatte. Der sehr gute Besuch und ein herzlicher Beifall bewiesen, wie stark der Wille zur künstlerischen Sammlung auch heute noch ist, trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse, und wie sehr das Werk unverändert über das Jahrhundert hinweg in den Herzen nachlebt. In der Tat konnte die angenehme Aufführung unter Johannes Stehmanns Leitung, unter der dankenswerten Assistenz der Sänger Huttmann und Fischer und der Sängerin Lotte Leonard, sowie unter der Mitwirkung des Oratorienvereins Neukölln und des Berliner Sinfonie-Orchesters dem guten Geschmack genügen, wenngleich sich der Chor bemühen sollte, dynamische Steigerungen in weniger starkem Anprall zu nehmen und gewisse diffizilere Schattierungen zu suchen und sich das Orchester letzten Feinheiten nicht immer mit sonst gewohnter Sorgfalt hingab. lc.

„Der Weg nach Osten", den Colin Roß kürzlich beendet hat, wird in Einzelbildern und Films in der „Urania" gezeigt. Nur unter großen Schwierigkeiten ist es gelungen, diese Films nach Deutschland zu schaffen. Ein großer Teil war von der georgischen Sowjetrepublik aus politischen Rücksichten beschlagnahmt worden und es bedurfte längerer Verhandlungen, um sie frei zu kriegen. Die Aufnahmen führen uns hinein in das südliche Rußland. In einem blitzsauberen Bauerndorf werden Volkstänze aufgeführt, Arbeiter und Arbeiterinnen kommen mit ihrem zum größten Teil in Naturalien ausgezahlten Lohn aus großen Fabriken. Wir sehen den gespenstigen Wald von Bohetürmen in den Naphtafeldern, die Baku umgeben. Wir sehen das Leben und Treiben in russischen Städten, und nicht zuletzt wird uns die „Rote Armee" vorgeführt. Rußland, so sagt Colin Roß, befindet sich in der Konsolidierung, es geht aufwärts im Osten und Deutschland sollte alles tun, um den Anschluß im Osten nicht zu verlieren. Schon ist England als starker Konkurrent aufgetreten, noch hat Amerika nicht begonnen, sich ernsthaft um das russische Geschäft zu kümmern, noch ist es für Deutschland Zeit, den Weg nach dem Osten zu finden. Dort ist ein ungeheures Arbeitsfeld für unsere Industrie, für die Intelligenz und Tüchtigkeit der deutschen Arbeiter. Eine weitere Reihe von Films führt uns nach Persien, das den Deutschen besonders freundliche Empfindungen entgegenbringt. Die Perser sind nach den Erfahrungen Colin Roß' eines der intelligentesten Völker, und es erscheint nicht ausgeschlossen, daß dieses Volk, wenn es erst erwacht, wie einst vor 2000 Jahren wieder der Kern eines neuen und modernen Weltreiches wird. Zunächst aber sieht es dort, nach den Films zu urteilen, noch sehr trübe aus. Es fehlt an Straßen- und Eisenbahnen. Es besteht kein geordnetes Bauwesen: der Perser kennt keine Hausreparaturen. Die aus ungebrannten Lehmziegeln hergestellten Häuser halten etwa 7 bis 8 Jahre. Dann baut man sich ein neues Heim und läßt das alte einfach verfallen. Auch hier gibt es für den Deutschen gute Aussichten, seine Produkte abzusetzen, und daher wünscht Colin Roß nichts sehnlicher, als daß der Weg nach dem Osten Deutschland auch nach Persien führen möge.

W. M.

Zukünftige Goldsorgen. Es wird einmal eine Zeit kommen, da es mit dem Goldvorrat der Erde zu Ende geht. Man mag so sorgsam mit dem kostbaren Stoffe umgehen, wie man will, die Goldmünzen reiben sich doch ab, und ebenso die goldenen Schmucksachen. Verloren ist ferner das viele Gold, das in der Photographie verwendet wird, das zum Vergolden anderer Metalle, das für Bücherschnitte usw. dient, und schließlich wandern auch die Goldplomben unserer Zähne in die Tiefe. Das Gold wird also immer weniger. Es würde den Bedarf nur decken können, wenn fortgesetzt neue Goldlager entdeckt würden, dazu ist aber kaum Aussicht. Erschöpft sind die einstmals reichen Lager in den Karpathen, das Rheingold ist eine Sage geworden, überhaupt ist in Europa Nennenswertes kaum noch zu holen. Ausgebeutet sind die einstmals so berühmten Vorkommen in Kalifornien, und das reiche Zipangu, das Marco Polo als Goldland schildert. Das Land Japan hat nur erschöpfte Stollen. Etwas Gold besitzt noch Korea, der Altai, Australien, Alaska, vielleicht kommt noch das eine und andere Lager hinzu, aber einmal wird doch das Ende da sein. Dann wird keine Goldwährung sich mehr aufrechterhalten lassen, man wird die Goldmünzen abschaffen und sich anders helfen müssen. Mit dem Silber wird es ebenso gehen, wenn auch langsamer. Schließlich wird man diese beiden Luxusmetalle zur Not entbehren können. Aus den Schaustücken der Museen werden die Kinder dann lernen, daß es einmal Elemente gab wie Gold und Silber. Es sei denn, daß die Synthese, die schon die Alchimisten suchten, doch noch glückt. Nach der Entdeckung des Radiums darf man ja auch das nicht ganz von der Hand weisen.

Gewerkschaftsbewegung

Erwerbslosenfürsorge.

Uns wird geschrieben:

In der Morgenausgabe des „Vorwärts" vom 11. Oktober wird unter der Ueberschrift „Erwerbslosen-Fürsorge" von einem Gewerkschaftsfunktionär über die Praxis bei der Erledigung von Unterstützungsanträgen Klage geführt. Solche Klagen sind natürlich im allgemeinen durchaus berechtigt und Fälle dieser oder ähnlicher Art sehr häufig. Aber in fast allen Fällen klammert sich der betreffende Beamte dabei nur an den Buchstaben der in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen. Hinzu kommt noch eine Reihe von Magistratsverfügungen und sonstige Bestimmungen, die der Uneingeweihte nicht kennt. Was ist nun für den gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen und Arbeitenden wichtig zu wissen, wenn sie glauben, daß ihnen unrecht geschehen ist? Darüber einige Winke und Informationen.

Der Fürsorgeausschuß entscheidet über Beschwerden der Erwerbslosen bezüglich der Versagung und Entzug der Erwerbslosenunterstützung sowie über die Höhe und Herabsetzung derselben. Glaubt ein Erwerbsloser, daß ihm durch den abfertigenden Beamten unrecht geschieht, so hat er das Recht, die Entscheidung des Fürsorgeausschusses anzurufen. Gegen diese Entscheidung ist Beschwerde bei der Kommunalaufsichtsbehörde (Oberpräsident für Berlin und Brandenburg) zulässig. In jedem Verwaltungsbezirk besteht ein Fürsorgeausschuß. Dieser setzt sich zusammen aus einem Vorsitzenden, den das Bezirksamt stellt, und der gleichen Zahl von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzern, die von den wirtschaftlichen Organisationen (§ 13 RA.) zu entnehmen sind.

Die Berliner Gewerkschaftskommission und das AfA-Ortskartell haben für die Besetzung der Fürsorgeausschüsse in den Bezirken durch Gewerkschaftsvertreter rechtzeitig Sorge getragen. Bei der Besetzung mußten auch die Minderheitsgewerkschaften berücksichtigt werden. Eine Verständigung mit Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften war deshalb notwendig. Diese Verständigung erfolgte auf der Grundlage, daß den freien Gewerkschaften (Gewerkschaftskommission und AfA-Ortskartell) von den 60 Beisitzerstellen 50 und die übrigen den anderen Arbeitnehmerorganisationen zufielen. Die Verteilung der Sitze auf die Bezirke erfolgte durch die Zentrale der Erwerbslosenfürsorge. In der Regel sind in den Ausschüssen je 1—2 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer tätig. Man sieht also, daß der Einfluß der Gewerkschaften auf die Entscheidungen der Fürsorgeausschüsse hinreichend gesichert ist und die arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder darin eine Stütze finden.

Nun gibt es sehr viele Arbeitslose, die eben beim besten Willen nicht in der Lage sind, sich selbst zu helfen. Diese müssen unterstützt werden, wenn sie glauben, daß ihnen unrecht geschehen ist. Aber nicht damit unterstützt man verzweifelte Arbeitslose, indem man, wie dies von den Kommunisten geschieht, einen „Zentralausschuß der Erwerbslosen Berlins" mit einer ganzen Anzahl von Unterausschüssen bildet, Versammlungen einberuft, dort auf die Gewerkschaften schimpft, undurchführbare Forderungen aufstellt usw., sondern indem man sich um das Schicksal derer kümmert, denen unrecht geschehen ist und ihnen zum Recht verhilft. Die gewerkschaftlichen Organisationen nehmen sich in solchen Fällen durch besonders beauftragte und mit den einschlägigen Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorge vertraute Kollegen ihrer arbeitslosen Mitglieder an. Erleichtert wird ihnen diese Aufgabe in den Außenbezirken 7 bis 20 der Stadt Berlin durch die Bezirkskommission der Berliner Gewerkschaftskommission. Die Obleute dieser Kommission haben unter Mitwirkung von geeigneten Funktionären die Aufgabe, Beschwerden von arbeitslosen Gewerkschaftsmitgliedern entgegenzunehmen und, falls sie begründet erscheinen, an den Fürsorgeausschuß weiterzuleiten und für deren Erledigung Sorge zu tragen. Ein Hand-in-Hand-arbeiten mit den Bezirksbureaus der größeren Verbände ist dabei erforderlich.

Die arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder tun also gut, sich in allen Fällen bei ihren Beschwerden an ihre Organisation zu wenden. Geschieht dies, dann erweisen sich außerhalb der Gewerkschaften stehende Organe als völlig überflüssig.

Der Streik in Ost-Oberschlesien.

Die Streikwelle, die in diesen Tagen über Ostoberschlesien geht, scheint sich auch auf den deutsch gebliebenen Teil Oberschlesiens ausdehnen zu wollen. Nach dem wilden Streik auf den Delbrückschächten hat am Sonnabend nachmittag die Belegschaft der Preußen-Grube die Arbeit niedergelegt. Desgleichen sind die Arbeiter der Hedwig-Wunsch-Grube nicht eingefahren. Der Grund hierfür liegt in der allgemeinen Teuerung.

Zur Streiklage in Polnisch-Oberschlesien wird mitgeteilt: Am Sonnabend haben in den Betrieben überall Abstimmungen stattgefunden, mit dem Ergebnis, daß sich die Belegschaften teils für, teils gegen den Streik aussprachen. Auf den Gruben und Hütten wird weiter gestreikt, Post und Telegraph arbeiten wieder, nachdem die polnische Regierung eine Verordnung erlassen hat, daß alle im Streik verharrenden Arbeiter und Angestellten fristlos zu entlassen sind. Bei den Eisenbahnern hat diese Drohung nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt, denn der Bahnverkehr beschränkt sich nur auf die Durchgangszüge. Die Regierung geht außerordentlich scharf vor. Sie hat am Sonnabend erklären lassen, daß sie über das der Arbeiterschaft gemachte Zugeständnis von 130 Prozent Lohnerhöhung nicht um 1 Prozent hinausgehen würde, zumal sie den Streik als politische Aktion auffasse. Besonders scharf ist auch ihr Kampf gegen die deutsche Presse. Die gesamte Druckerei des deutschen sozialistischen „Volkswillens" in Kattowitz bleibt weiterhin militärisch besetzt, die Akzidenzdruckerei des „Oberschlesischen Kuriers" in Königshütte wurde wieder freigegeben, der Zeitungsbetrieb aber verlegt. Ferner wurde das Zentralhotel in Kattowitz, der Sitz der deutschen sozialistischen Partei und der Gewerkschaften, besetzt und gesperrt. Einzelnen deutschen Berichterstattern wurde Schutzhaft angedroht, falls sie an das Ausland Nachrichten über die Vorgänge in Ostoberschlesien weitergeben würden. Nachträglich wird bekannt, daß es am Freitag zu Zusammenstößen zwischen großpolnischen Polizeiformationen, die nach der Weigerung der oberschlesischen Militär- und Polizeikräfte, gegen ihre Landsleute vorzugehen, herbeigeholt worden sind, und Streikenden gekommen ist. Eine große Anzahl Verwundeter wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Wie es heißt, soll es auch Tote gegeben haben. Auf der Florentin-Grube wurden zwei Arbeitswillige von den Ausständigen erschossen.

Forderungen der Funktionäre des „Butab".

In einer Funktionärversammlung des Bundes der technischen Angestellten und Beamten referierte Horn über den „Großangriff der Unternehmer und die Abwehr der Gewerkschaften". Redner ging auf die politische Konstellation ein und zog daraus den Schluß, daß für die Mitglieder der freien Gewerkschaften die Schaffung und Erweiterung von Abwehr- und Kampfeinrichtungen dringendste Pflicht ist. Dazu gehöre nicht nur, daß unter allen Umständen der Bund durch Zuführung neuer Mitglieder gestärkt werde, sondern auch, daß sich alle der durch ihre Klassenlage gegebenen Kampfverpflichtung bewußt seien. Die Ausführungen des Referenten wurden durch die Diskussionsredner wirkungsvoll unterstützt und ergänzt. Mehrfach kam der Wunsch zum Ausdruck, durch Zusammenschluß aller Arbeiterparteien eine verstärkte Abwehrfront gegen alle Angriffe von Unternehmerseite zu schaffen.

Günther legte der Versammlung eine Entschließung vor, die den Bundesvorstand beauftragte, für den Austritt des Bundes aus der Zentralarbeitsgemeinschaft zu sorgen, bei den zuständigen Stellen die Aufhebung des Ausnahmezustandes zu verlangen und sich für die Durchführung des Steuerprogramms der Gewerkschaften einzusetzen. Die Versammelten gelobten, für die Durchführung dieser Forderungen alle gewerkschaftlichen Kampfmittel in Anwendung bringen zu wollen.

Konflikt im Mitteldeutschen Braunkohlenrevier.

Eine in Cöthen abgehaltene, von 170 Delegierten besuchte Vollkonferenz der Gewerkschaftsfunktionäre für den Braunkohlenbergbau Mitteldeutschlands nahm nach ausführlicher, sehr erregter Debatte eine ultimative Entschließung einstimmig an, nach der die vertragschließenden Organisationen aufgefordert werden, über alle Streitfragen bis Montag mittag 12 Uhr endgültig zu verhandeln. Für den Fall einer ablehnenden Haltung des Arbeitgeberverbandes werden die Organisationsführer beauftragt, nach Ablauf des Ultimatums die letzten gewerkschaftlichen Mittel anzuwenden. Außerdem wurde beschlossen, daß die Braunkohlenbergarbeiter grundsätzlich bereit sind, wenn die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse es erfordern, Mehrarbeit zu leisten, wenn eine solche Vereinbarung zwischen den vertragschließenden Organisationen beschlossen wird.

Lohnregelung in der chemischen Industrie.

Die Lohnverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie am Freitag, den 12. Oktober, hatten folgendes Ergebnis: „Für die Woche vom 10. bis 16. Oktober beträgt der Stundenlohn des über 20 Jahre alten ungelernten Arbeiters in Fachgruppe II, Ortsgruppe A 137 Millionen. Die übrigen Spitzenlöhne werden hieraus in allen Ortsklassen und Fachgruppen errechnet. Die Löhne in allen übrigen Altersklassen werden um 242,5 Proz. erhöht. Die soziale Zulage wird auf 90 Millionen pro Kopf und Woche erhöht; die Zulage nach § 7 des Reichstarifs wurde bis auf 1 Million pro Stunde erhöht."

Die Lohnkommission stimmte diesem Ergebnis zu. (Lohntarife können ab Montag abend beim Verband der Fabrikarbeiter, Engelufer 24/25, in Empfang genommen werden.)

Reichstarifvertrag für das Graveur- und Ziseleurgewerbe. Die Tariflöhne für Berlin betragen vom 11. bis 17. Oktober in Millionen Mark: Graveure und Ziseleure im 1. Jahre nach der Lehre 120, bis zu 22 Jahren 140, über 22 bis 24 Jahre 160, über 24 Jahre 180. Hilfsarbeiter über 18 bis 19 Jahre 100, über 20 bis 21 Jahre 125, über 22 bis 24 Jahre 145, über 24 Jahre 170. Die Löhne der Hilfsarbeiter unter 18 Jahren werden im gleichen Verhältnis erhöht. Gelernte Arbeiterinnen erhalten 70 Proz., ungelernte 60 Proz. der Löhne der Hilfsarbeiter der jeweiligen Jahresklassen. Bisherige Leistungs- und Besatzungszulagen werden darüber hinaus weiter bezahlt.

Lohnerhöhung in der Zigarrenherstellung. Die bis zum 6. Oktober geltenden Löhne erhöhen sich für die Woche vom 7. bis 13. Oktober um 200 Proz. Umgerechnet auf die Mai-Juni-Löhne 1922 betragen die Teuerungszulagen für Akkordarbeiter 431 999 900 Prozent gleich das 4 320 000fache, Zeitlöhne und Stumpen 392 999 900 Proz. gleich das 3 930 000fache. Der niedrigste Verbandsbeitrag beträgt für die Woche vom 14. bis 20. Oktober 15 Millionen Mark ohne Lokalzuschlag.

Der Lohn für die Privat-Elektrizitätswerke Groß-Berlins beträgt für die Zeit vom 8. bis 14. Oktober in Gruppe I bis VI 165 880 000, 160 672 000, 156 448 000, 145 052 000, 122 776 000, 100 308 000 M. Die Frauenzulage beträgt 72 000 000 M., die Kinderzulage 144 000 000 M.

Der Lohn der Glaser beträgt endgültig für die Zeit vom 5. bis 11. Oktober 85 850 000 M. pro Stunde.

Die deutsche Steuergesetzgebung. Untersuchungsergebnisse der Steuerkommission des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des AfA-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, zusammengestellt im Auftrage der freigewerkschaftlichen Spitzenverbände als Material für die Funktionäre von Kurt Heinig. Mit einem Vorwort von Rudolf Wissell. (40 Seiten.) Berlin 1923. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Grundpreis 0,20 M., für Gewerkschaftsmitglieder 0,10 M. (Schlüsselzahl jeweils um 25 Proz. niedriger als die des Buchhandels.)

Betriebsräteschule.

Die Verhandlungen der Industriegewaltigen Stinnes und Wolff mit den französischen Generälen haben die breite Oeffentlichkeit des In- und Auslandes wieder auf den übergroßen Einfluß dieser Leiter großer Industriekonzerne gelenkt. Wer den Werdegang und den inneren und äußeren Aufbau der Machtkomplexe kennen lernen will, in denen diese Konzernkönige zu wirken in der Lage sind, besuche den im Rahmen der Betriebsräteschule stattfindenden Kursus. Die Zusammenschlußbewegung in der Großindustrie; Lehrer: Paul Ufermann. Der Kursus findet Dienstags abends um 8 Uhr in Zimmer 18 des Leibniz-Gymnasiums, Martinsenplatz, statt. Anmeldungen können im Kursus selbst vorgenommen werden und im Bureau der Schule, Engelufer 24/25, 2. Hof, I.

Wirtschaft

Der deutsche Außenhandel im August.

Das Bild, das der deutsche Außenhandel im August 1923 bietet, hat sich gegenüber demjenigen des Vormonats nicht viel verändert. Insbesondere haben die Ereignisse, die eine zuverlässige Ermittlung so sehr erschweren, nämlich die Abschnürung der Rheinlande und des Ruhrgebiets vom unbesetzten Deutschland, fortgedauert. Unter dem Vorbehalt, dem infolgedessen alle Vergleiche unterliegen, die mit früheren Monaten und mit dem Vorjahre angestellt werden, seien die folgenden Ziffern gegenübergestellt: Es betrug die

	Einfuhr		Ausfuhr	
	Mengen in 1000 Doppelzentner			
	August	Juli	August	Juli
Gesamt	41 203	41 596	10 745	10 533
darunter				
Lebensmittel und Getränke	2 531	3 020	948	903
Rohstoffe u. halbfert. Waren	36 840	36 972	5 963	6 462
Fertige Waren	1 827	1 590	3 834	3 167

Die Einfuhr an Getreide ist wiederum gesunken, zugleich diejenige von Müllereierzeugnissen wiederum gestiegen, diejenige an Bauholz und Holz zu Holzmasse gestiegen, die Ausfuhr an Bauholz und Möbeln gesunken. Die Einfuhr an Steinkohle ist mit annähernd 23 Millionen auf der Höhe des Vormonats geblieben. Sie beträgt noch immer mehr als das Doppelte des Monatsdurchschnitts des Vorjahres. Wie im Vormonat hat sich die Einfuhr an Koks erneut vermehrt, so daß sie jetzt mit 2¾ Millionen Doppelzentner auf mehr als das Neunfache des Monatsdurchschnitts des Vorjahres gestiegen ist. Dem steht wiederum gegenüber, daß die Einfuhr von Eisenerz auf 1 202 410 Doppelzentner gesunken ist gegenüber 1 215 950 Doppelzentner im Vormonat, so daß sie jetzt nur fast 1/8 des 9 178 110 Doppelzentner betragenden Monatsdurchschnitts des Vorjahres ausmacht. Die Einfuhr von Manganerzen ist sogar mit 2950 Doppelzentner gegenüber 60 290 Doppelzentner des Vormonats fast völlig ins Stocken gekommen. Sie beträgt wenig mehr als 1 Proz. des Monatsdurchschnitts des Vorjahres.

Eine leichte Verbesserung ist in der Ausfuhr von Walzwerkerzeugnissen und Eisenwaren festzustellen. Sie erreichte eine Höhe von 915 470 Doppelzentner gegenüber 697 930 Doppelzentner, bleibt aber hinter dem Monatsdurchschnitt des Vorjahres mit 1 930 020 Doppelzentner doch weit zurück. Die Ausfuhr von Maschinen ist dagegen mit 246 890 Doppelzentner gegenüber derjenigen des Vormonats, die 276 120 Doppelzentner betrug, ein wenig zurückgegangen und steht vor allem weit unter dem Monatsdurchschnitt des Vorjahres von 399 140 Doppelzentner. Bemerkenswert bleibt noch, daß die Einfuhr von Roh- und Brucheisen in diesem Monat mit 382 970 Doppelzentner eine wenn auch geringe Zunahme und ihre Ausfuhr gleichzeitig mit 299 470 Doppelzentner eine erhebliche Abnahme erfahren hat.

Ins Gewicht fällt schließlich auch der Rückgang der Einfuhr an Faserstoffen und Oelfrüchten.

Zur Devisenablieferung. Die Devisenbeschaffungsstelle G. m. b. H. gibt bekannt: Am 15. Oktober 1923 tritt eine Aenderung in dem Verfahren der Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände ein. Vom 16. Oktober an sind diejenigen Banken, die Zeichnungsstellen für die wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches (Goldanleihe) gewesen sind, nicht mehr Ablieferungsstellen. Von diesem Tage an sind nur noch die Reichsbank und ihre Zweiganstalten Ablieferungsstellen. Die bisherigen Ablieferungsstellen nehmen nach dem 15. Oktober keine neuen Ablieferungen mehr an. Die Erledigung bis dahin erfolgter Ablieferungen wird von den bisherigen Ablieferungsstellen durchgeführt.

Devisenmaklerverordnung. Der Minister für Handel und Gewerbe hat die zuständigen Handelskammern und Börsenvorstände angewiesen, die bei ihnen eingehenden Gesuche auf Zulassung zum Geschäftsbetriebe eines Devisenmaklers entsprechend den Richtlinien des § 4 der Verordnung einer strengen Prüfung zu unterziehen. Die Entscheidung über die Anträge hat sich der Minister für Handel und Gewerbe selbst vorbehalten.

Von der Genossenschaftsbewegung in Japan berichtet der Pressedienst des Internationalen Arbeitsamts: Im Jahre 1923 kam ein Gesetz zur Errichtung einer Zentralkreditanstalt für Genossenschaften zustande. Die Fonds der Anstalt sollen 30 Millionen Yens in 300 000 Anteilen zu je 100 Yens betragen. Nur die Regierung und die Genossenschaften sind zum Erwerb von Anteilen berechtigt. Die Regierung soll 15 Millionen Yens beitragen, wovon 5 Millionen innerhalb Jahresfrist nach Errichtung der Anstalt einzuzahlen sind, deren Hauptaufgabe die Darlehnsgewährung an Genossenschaften und Genossenschaftsverbände ist. Auf 15 Jahre hinaus ist die Anstalt von der Zahlung von Dividenden auf das von der Regierung beigetragene Kapital befreit. Die Notwendigkeit der neuen Einrichtung ergibt sich daraus, daß gegenwärtig in Japan etwa 14000 Genossenschaften mit ungefähr 3½ Millionen Mitgliedern bestehen. — Ein Nationalverband der Einkaufsgenossenschaften wurde kürzlich gegründet. Die Zahl der reinen Einkaufsgenossenschaften beträgt in Japan etwa 10 000, und es bestehen über 100 Verbände dieser Organisationen, die sich größtenteils mit dem Einkauf und Vertrieb landwirtschaftlicher Geräte und Materialien befassen. Die Zahl der eigentlichen Konsumgenossenschaften betrug 1921 bloß 90; sie sind vornehmlich auf die großen Städte beschränkt. Der neue Nationalverband will neben dem Einkauf im großen auch die Warenerzeugung betreiben. Weitere Angaben über die Genossenschaftsbewegung in Japan findet man in der vom Internationalen Arbeitsamt herausgegebenen Wochenschrift „Industrial and Labour Information".

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Wilmersdorf.

Die Verordnung vom 27. September 1923 tritt für unsere Kasse am Montag, dem 15. Oktober, in Kraft. In allen gewerblichen Betrieben gilt von diesem Tage an der wirkliche Arbeitsverdienst als Grundlohn. Die Beiträge betragen 10 Prozent und sind vom Arbeitgeber selbst zu errechnen und ohne besondere Aufforderung an jedem Lohnzahltage an die Kasse abzuführen.

Für freiwillige Mitglieder, Hausangestellte (Dienstboten), Aufwartefrauen und Portierleute gelten wie bisher die jeweils festgesetzten Grundlohnstufen.

Auf die den Arbeitgebern zugehenden Rundschreiben wird besonders hingewiesen. Arbeitgeber, welche ein solches nicht erhalten, bitten wir, es im Kassenlokal in Empfang zu nehmen.

Die §§ 12 Absatz 8, 19 Absatz 5 und 8 und 53 Absatz 4 des 16. Nachtrages sind nachträglich genehmigt und treten sofort in Kraft.

Berlin-Wilmersdorf, den 15. Okt. 1923.

Der Vorstand.
A. Engelhardt, Vorsitzender.
Fr. Wiemann, Schriftführer.

Ungeheuer gestiegen im Preise sind alle Lebensmittel u. Bedarfsartikel. Kleine Anzeigen im Vorwärts sind immer noch billig!

Feinste mit mitbinzigem, allgemein eingeführtem und anerkanntem innerlich freiwillig gültigem Inspektionsbuch
Bettstellen aus Metall für Erwachsene u. Kinder (Stahlmatratzen, Polster, Decken, Federbetten usw. wir fertigen dir. an Private zu günstigst. Preisen u. Bedingg. Katal. 304 frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thüringen)

Nicht kaufen bei uns,
bevor Sie sich nicht in anderen Geschäften über die Preise in
Bettwäsche
erkundigt haben, damit Sie sich v. unserer Preiswürdigkeit überzeugen können.
Wir führen nur erstklassige Qualitäten:
Bettzeuge, Laken, Handtücher, Tischtücher, Kaffeedeck., Ueberlaken, Paradekissen, Damaste, Inlette, Wäschetücher, Frottierwäsche usw.
Reelle, fachmännische und zuvorkommende Bedienung.
Kühl & Kupferberg, Bettwäschefabrik
Invalidenstr. 6, Ecke Bergstraße
(Nähe Stettiner Bahnhof)
II. Geschäft: Brückenstr. 12
(1 Minute vom Bhf. Jannowitzbrücke)
Bitte genau auf Hausnummer achten.

Von unten auf
Ein neues Buch der Freiheit
Gesammelt und gestaltet von Franz Diederich
Aus dieser umfassenden Sammlung sozialer Dichtungen winkt dem Proletariat Freude am Leben u. Kraft zum Aufschwung. Ein dichterisches Andachtsbuch für den Sozialisten, das auch jeder Vortragende bei Veranstaltungen benutzen sollte.
Schön in Halbleinen geb. Preis-Grundzahl M. 3.—
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 2

Verkäufe

Schulz, Körnerstraße 6, an der Ulmenstraße. Qualitätsteppiche horrend billig, da alte Abschlüsse.

Nähmaschinen, Gelegenheitskäufe wenig gebrauchter Maschinen mit Garantie zum bel. Fischer, Potsdamerstraße 103, Rollendorf 5662. Eigene Reparaturwerkstatt.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Auf Teilzahlung moderne Herrenanzüge, Raillenmäntel, Cutaways, Maßbearbeitung, helle Inlets, Beamene, diskrete Teilzahlung. Leiser Gottlieb, Rollendorfstraße 22a, Hochbahnhof Rollendorfplatz. 9—12, 3—7.

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Hallesches Tor) verkauft elegante Herrenanzüge, Ulster, Paletots, Sportreise, Gebrüder, Katzenjacken, Seelmäntel, Kreuzfüchse, Steenfüchse, Blaufüchse, Wölfe zu enorm billigen Preisen. Keine Lombardware.

Möbel

Metallbetten, Chaiselongues 18 500 000 000 an, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbettbett. Reide, Auguststr. 58a, Quergebäude.

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Linz, Brunnenstraße 55.

Flügel, Pianos, Harmoniums ständig Gelegenheiten. Nabenstein, Münzstr. 10.

Kaufgesuche

20 Milliarden zahlt Pianos Voigt, Telephon Neukölln 4392.

Pianos kauft Karfiol, Dresdenerstraße 54, Moritzplatz 128 43.

Pianos, Flügel kauft zu höchsten Tagespreisen Pianomagazin, Barbarossaplatz 2, Rollendorf 5397.

Fahrräder kauft Linienstraße 19.

Fahrradankauf, höchsten Tagespreis. Wunsch persönliche Abholung. Dresdenerstraße 139, Moritzplatz 3780.

Gummireifen, isolierte, blanke; Kupferkabel, Motoren, Fassungen kauft Sina, Elisabethstraße 17, Norden 4688.

Säckeankauf Gollnowstr. 9.

Säckeeinkauf, Mährern, Swinemünderstraße 7, Humboldt 489.

Autozubehör

Zündkerzen, Glühbirnen kauft Röseler, Friedrichsgracht 5—6.

Werkzeuge u. Maschinen

Kugellager, Boschzündkerzen, Magnete, Vergaser kauft Mechanische Werkstatt, Herwarthplatz 5.

Kugellager, Autozubehör kauft Goldbem, Schönhauser Allee 127.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

„Vorwärts"-Austrägerinnen
werden sofort eingestellt
Berlin, Bastianstr. 7; Gillmann, Carmen-Sylva-Str. 57; Immanuelkirchstraße 24; Lausitzer Platz 14/15; Petersburger Platz 4; Wattstr. 9; Wilhelmshavener Str. 48.
Adlershof, Wolter, Genossenschaftsstr. 6, parterre.
Baumschulenweg, Köpke, Kiefholzstr. 180.
Charlottenburg, Gesenheimer Str. 1.
Lichtenberg, Wartenbergstr. 1; Borbagener Str. 62.
Lichtenberg-Friedrichsfelde, Frankfurter Allee 155, Laden.
Marienfelde, Leip, Chausseestr. 29.
Neukölln, Reckerstr. 2; Siegfriedstr. 28/29.
Schöneberg, Belziger Str. 37.